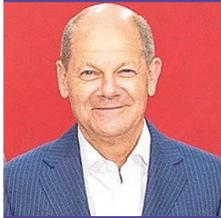


BLICKPUNKT

NACHRICHTEN AUS SCHLANGEN - AUSGABE JULI 2021

Straßenausbaubeiträge müssen weg!

Das sozial ungerechte Bürokratiemonster der schwarz-gelben Landesregierung muss endgültig abgeschafft werden.
- Mehr auf Seite 3



Scholz gegen Rente mit 68

Kanzlerkandidat Olaf Scholz kämpft mit SPD-Abgeordneten gegen längeres Berufsleben - Mehr auf Seite 2

Perspektive Schlangen

Das langjährig bewährte Konzept der „Sozialgerechten Bodennutzung“ (aus Münster) auch in Schlangen umsetzen.

- Mehr auf Seite 4

Sportgelände Oesterholz-Haustenbeck



Im September 2020 hat unser MdB Stefan Schwartz mitgeteilt, dass die Gemeinde Geld aus dem Programm „Sanierung kommunaler Einrichtungen“ erhält. Schlangen hatte eine Förderung für den Neubau und die Sanierung der kompletten Sportanlage in Oesterholz-Haustenbeck beantragt. Die Regularien für einen solchen Förderantrag sind allerdings sehr aufwändig und umfangreich. Bis der erste Spatenstich getan werden kann, wird es (leider) noch etwas dauern. Dann wird ein neues Sporthaus gebaut, anschließend wird das vorhandene Gebäude abgerissen. Weiterhin wird der Fußballplatz neu gemacht. Die Bundesförderung wird hoffentlich 90% betragen, da sich die Kommune in einer schwierigen Haushaltslage befindet.

EFRE-Projekt „Senne für alle Sinne“

Die Senne ist ein besonderes Stück Natur. Früher war sie der Inbegriff für Rückständigkeit und Armut.

Heute denkt man beim Wort »Senne« an ein wertvolles Gebiet für den Naturschutz, an eine schöne historische Landschaft. Viele Experten sind der Meinung, dass die Senne das für den Naturschutz wertvollste Gebiet in Nordrhein-Westfalen ist. Die Senne ist aber größer als der Truppenübungsplatz, der seit über 100 Jahren militärisches Sperrgebiet ist.

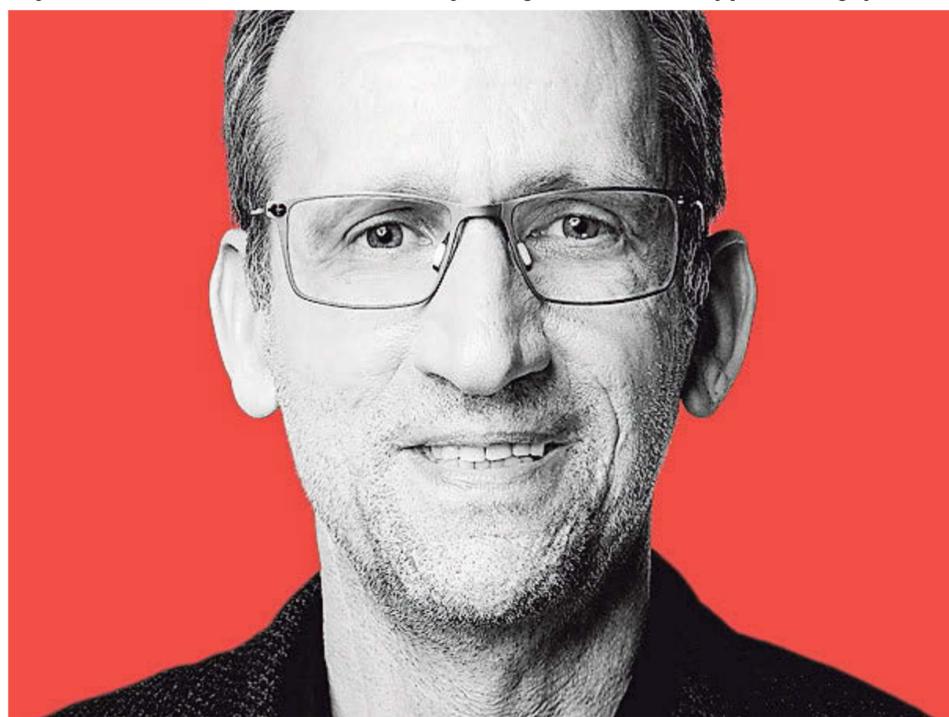
Gemeinsam mit Lippspringe und Hövelhof wollen die Kommunen mit ihren direkten Verbindungen zur Senne vor allem die Bereiche Wandern und Radfahren weiterentwickeln, die aktuell bei vielen Urlaubern stark im Trend liegen.

Weitere Informationen zum Thema:

<https://www.bs-paderborn-senne.de/projekte/senne-fuer-alle-sinne.html>

Themen die unter den Nägeln brennen

Die Mitglieder SPD und ihr Bundestagskandidat Uli Kros sprechen die Themen an, die die Menschen vor Ort intensiv beschäftigen: die möglichen Windräder auf der Gauseköte und verlässliche Öffnungszeiten des Truppenübungsplatzes.



Kaum ein Thema beschäftigt die Lipper*innen aktuell so sehr, wie die geplante Ansiedlung von 13 Windrädern an der Gauseköte. Der lippische Prinz möchte sein Areal an die Firma Westfalen-Wind verpachten, damit die 264 Meter hohe Windmühlen errichtet und betriebl. Drei Kommunen, neben Schlangen noch Detmold und Horn-Bad Meinberg, sind betroffen, das Baugrundstück befindet sich innerhalb dieser Gemeinden.

Für die Errichtung spricht, dass dies ein aktiver Beitrag zum Klimaschutz wäre, damit regenerative Energien weiterhin ausgebaut und ihr Anteil an der Stromerzeugung erhöht werden kann.

Auf der anderen Seite gilt es zu bedenken, dass die Windräder eine Höhe erreichen, die den Sendemast am Bielestein überragt - ein unübersehbarer Eingriff in das Landschaftsbild, zumal gleich über ein Dutzend errichtet werden sollen. Inwiefern eine solche Ballung z.B. dem Wandertourismus entgegensteht, muss ebenfalls abgewogen werden.

Pandemiebedingt wurde auch in der SPD viel mittels Videokonferenzen diskutiert, doch die SozialdemokratInnen blieben am Ball. Ein für viele Menschen wichtiges Anliegen ist die gewünschte zeitlich ausgeweitete Öffnung des Truppenübungsplatzes, gerade auch, um den PKW-Verkehr zu entlasten.

„Hier ist es dringend geboten, eine höhere Verlässlichkeit zu sichern, damit angekündigte Öffnungszeiten tatsächlich vorhanden sind“, hält Uli Kros fest, der für die SPD in den nächsten Bundestag einziehen will.

Kinderrechte müssen ins Grundgesetz

Ein weiteres wichtiges Thema sind die Kinderrechte. Da hatte die SPD schon seit Jahren für eine Stärkung geworben. Doch die Entwicklung ist enttäuschend.

Das war so nicht zu erwarten gewesen: Die Koalitionäre von SPD und CDU/CSU hatten sich festgelegt und waren festen Willens, Kinderrechte endgültig im Grundgesetz zu verankern. Dieser Verfassungsrang brächte einen hohen rechtlichen Schutz.

Nach den Skandalen wegen Kindesmissbrauchs und -misshandlung würden wohl viele Lipper*innen diesen Schritt begrüßen.

Uli Kros, Bundestagskandidat der SPD, kann nur noch den Kopf schütteln, zu tief sitzt die Enttäuschung: „Wenn die ganze Arbeit, die in den letzten Jahren geleistet wurde, für die Zukunft müssen wir unser Rentensystem neu aufstellen und das Rentenniveau stabilisieren. Das halte ich für unabdingbar für den sozialen Frieden! Da diese grundlegenden Richtungsbestimmungen unserer Gesellschaft in Berlin entschieden werden, möchte ich zukünftig meine langjährigen Erfahrungen und mein Wissen im Deutschen Bundestag einbringen“, sagt Ulrich Kros in Gesprächen mit Schlänger Bürgerinnen und Bürgern. Er will im Wahlkampf deutlich machen, wer in den letzten Jahren für soziale Gerechtigkeit gekämpft hat und viele Erfolge verzeichnen konnte. Es sei nämlich immer die SPD gewesen.

Der SPD-Landtagsabgeordnete Dennis Maelzer ist Sprecher in der „Kinderschutzkommission“ des Landtages. Er fordert ein eigenständiges Kinderschutzgesetz für Nordrhein-Westfalen. Dafür erhält Maelzer Rücken- deckung durch ein Rechtsgutachten: „Wir wollen Mindestanforderungen für die personelle Ausstattung des Kinderschutzes vor Ort formulieren, Netzwerke fördern und den Kinderschutz verpflichtend in Ausbildungsgängen verankern.“ Es komme auf den politischen Willen an,

die rechtlichen Spielräume zu nutzen.

Für mehr soziale Gerechtigkeit

Das letzte Jahr wurde durch die Corona-Pandemie geprägt und alles Handeln stand unter dem Einfluss dieser schrecklichen Krankheit. Unser aller Leben hat sich massiv verändert,

beruflich wie auch privat. Leider ist auch die Kluft zwischen Arm und Reich größer geworden. Es gibt einige wenige Gewinner in dieser Pandemie, aber viele Verlierer und wieder einmal sind es die Armen und Schwachen, die besonders verlieren. Darum sind die Kernthemen der SPD heute wichtiger denn je!

„Bildung, Arbeit und Einkommen sind der Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe und sozialen Frieden in unserer Gesellschaft. Wir müssen Antworten auf den Klimawandel finden und ihn stoppen. Für die Zukunft müssen wir unser Rentensystem neu aufstellen und das Rentenniveau stabilisieren. Das halte ich für unabdingbar für den sozialen Frieden! Da diese grundlegenden Richtungsbestimmungen unserer Gesellschaft in Berlin entschieden werden, möchte ich zukünftig meine langjährigen Erfahrungen und mein Wissen im Deutschen Bundestag einbringen“, sagt Ulrich Kros in Gesprächen mit Schlänger Bürgerinnen und Bürgern. Er will im Wahlkampf deutlich machen, wer in den letzten Jahren für soziale Gerechtigkeit gekämpft hat und viele Erfolge verzeichnen konnte. Es sei nämlich immer die SPD gewesen.

Solarenergiekonzept

Der Weg zur Treibhausgasneutralität ist unumkehrbar. Dem kann und wird sich die Gemeinde Schlangen nicht entziehen. Ein Weg, der zu beschreiten ist, ist der massive Ausbau der Solarenergie auch in Schlangen

Um den Ausbau der Sonnenenergie zu erreichen, sehen wir u.a. folgende Handlungsfelder:

- Beratungsangebote, Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Solarenergie
- Nutzung von Dachflächen für Solarenergie bei gemeindlichen Neubauten
- Ältere Menschen scheuen eher die Investition in Sonnenenergie. Hier sollte zusätzlich die Option angeboten werden, die Solarkollektoren als Mietobjekt zu realisieren. Hierzu sollte insbesondere die Bürgerenergiegenossenschaft als Maßnahmen-träger gewonnen werden.
- Stichwort: „100 Dächer Programm“, die Gemeinde unterstützt die Neuanlage von Solarkollektoren mit einem Zuschuss.
- Um auch den Mietern und Mieterinnen ein Angebot machen zu können, ist zu überlegen in-

wieweit die sogenannten „Balkonkraftwerke“ (= Stecker-Solar-Anlagen) gefördert werden könnten. Eine Maßnahme, die sich dann ggf. im HH 2022 niederschlagen könnte.

Alle Maßnahmen verfolgen das Ziel, den Treibhausgasausstoß zu verringern.

Mit der Bürgerenergiegenossenschaft haben wir u.a. einen Player vor Ort, der in alle Planungen mit einbezogen werden sollte. Selbstverständlich sollen auch hiesige Unternehmen als Unterstützer gewonnen werden.

Wir geben zu überlegen, ob es für die Errichtung von neuen Solaranlagen einen gemeindlichen Zuschuss geben könnte, wie dies in anderen Kommunen bereits gemacht wird. Natürlich hängt das von den Möglichkeiten des kommenden und der weiteren Haushalte ab.



Solar Sitzbank

Smart Bench: eine innovative Bank.

Was kann man sich unter einer „Smart Bench“ eigentlich vorstellen? Im Raum Hannover gibt es inzwischen etliche Kommunen, die eine solche Bank aufgestellt haben. Diese wird so beschrieben:

„In die Sitzfläche ist ein Photovoltaik-Modul eingebaut. Es lädt den Batteriespeicher in der Bank, der immer genügend Strom bereitstellt, um mehrere Handys per USB-Kabel oder induktiv aufzutanken. Die Sonne speist auch einen WLAN-Router, der einen kostenlosen Internetzugang ermöglicht. 100 % Solarstrom mit Batteriespeicher machen den Stromnetzanschluss überflüssig und garantieren den klimaschonenden Betrieb in sinnvoller Autarkie. Die Bank kann so an nahezu jedem beliebigen, sonnigen Ort platziert und im Boden verankert

werden. Sie erhebt nebenbei auch noch Umweltdaten wie Temperatur und Luftfeuchte und zeigt den Batterieladestand und die Auslastung an. Das Design ist minimalistisch. Aus hochwertigem Stahlblech und Acrylglas gefertigt trotz der Smart Bench Wetter und Vandalismus.“ (Zitat: <https://www.klimaschutz-hannover.de/themen/klimaschutz-in-kommunen/smartbench.html>)

Wir betrachten unsere Jugendeinrichtungen als hervorragend geeignete Standorte. Neben den Anschaffungskosten sind auch die Unterhaltskosten zu ermitteln. Ob der HH das hergibt, wird sich zeigen. Besonders freuen würden wir uns, wenn sich hiesige Sponsoren finden würden.



Aktionswochen gegen Rassismus

Der Kreis Lippe, die Stadt Detmold und andere ziehen gemeinsam an einem Strang.

Kreis Lippe. Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit - Vokabeln, die kein aufgeklärter Mensch gerne hört oder gar nutzt. Dennoch bringt ein Weggucken oder Abtauchen nichts, nichts Gutes.

Vielmehr nutzen Rassisten und Neonazis, neuerdings in trauriger Einheit mit Corona-Leugnern und Impfgegnern, die entstehende Lücke, um ihre kruden Ideen und menschenverachtende Ideologie unter's Volk zu bringen.

Auch in Lippe regt sich gegen diese demokratiefeindlichen Bestrebungen deutlich Widerstand. Der Kreis Lippe nimmt aktiv am

Programm „NRWeltoffen“ teil und ruft zur aktiven Teilnahme an den derzeit stattfindenden „Aktionswochen gegen Rassismus“ auf.

Überzeugt davon, dass aktives Eintreten für unsere weltoffene und wehrhafte Demokratie gleichermaßen lohnend wie nötig ist, schlossen sich die drei lippischen SPD-Landtagsabgeordneten Ellen Stock, Jürgen Berghahn und Dennis Maelzer der Initiative an.

Dabei zeigte Ellen Stock, die auch Kreisvorsitzende der SPD Lippe ist, stellvertretend für die lippischen Sozialdemokrat*innen dem Rassismus die Rote Karte.



Berghahn und Scholz gegen Rente mit 68

Die SPD-Abgeordneten aus ganz Ostwestfalen-Lippe stemmen sich gegen die Rente mit 68. Dabei haben sie die Unterstützung vom Kanzlerkandidaten.

Kreis Lippe. Jürgen Berghahn, derzeit noch Abgeordneter in Düsseldorf und SPD-Bundestagskandidat für den Wahlkreis Lippe I ist ebenso verärgert, wie unser Bundesfinanzminister und Kanzlerkandidat Olaf Scholz, der kurz und knapp resümiert: „Was die Experten da zusammengerechnet haben, bietet keinen Erkenntniswert.“ Berghahn, der mit Scholz anlässlich einer Arbeitnehmerkonferenz der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin zusammentrifft, erinnert daran, dass sich ähnliche Debatten und die Prognosen der 1980er und -90er Jahre im Nachhinein als grundlegend falsch herausgestellt hatten.

Berghahn, selber Gewerkschafter und lange Zeit als Betriebsrat tätig, befürchtet zudem, dass mit dieser Debatte die Büchse der Pandora geöffnet wurde, um die Verbesserungen, die die SPD für die Arbeitnehmer*innen in Deutschland während der ablaufenden Legislaturperiode durchsetzen konnte, rückabgewickelt werden.

„Mit mir sind solche Angriffe auf das Rentenalter nicht zu machen! Ja, die Menschen werden älter, aber daraus dann zu schließen, dass man dann auch länger arbeiten muss, ist eine schräge Diskussion. Die Realität sieht doch ganz anders aus. Welcher Mauer, Dachdecker, Gerüstbauer, welche Pflegekraft, Frisörin oder Einzelhandelsverkäuferin ist den noch mit 65 oder 66 Jahren in der Lage den Beruf ausüben zu können? Wer die Rente mit 68 fordert, will eigentlich eine Rentenkürzung und das ist mit mir nicht zu machen!“, stellt Berghahn unmissverständlich klar.

Gemeinsam mit anderen SozialdemokratInnen erinnert Berghahn auch an die zum Teil hitzig geführte Debatte um den Mindestlohn, der bisweilen ja als wirtschaftsfeindliches Treiben verteuelt wurde. „Gerade an diesem Beispiel zeigt sich, dass sozialpolitische Errungenschaften die Wirtschaftskraft stärken - nicht schwächen“, gibt er zu bedenken.

Anke Unger, Geschäftsführerin des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in Ostwestfalen-Lippe, ebenfalls bei der Konferenz anwesend, erinnert die Anwesenden daran, dass gerade Bevölkerungsgruppen wie jene, die in der Pflege tätig sind, große und berechtigte Forderungen an die Politik stellen.

Hier konnte Scholz stolz darauf verweisen, dass es gerade der SPD-Arbeitsminister Hubertus Heil war, der mit seiner Beharrlichkeit einen Tarifvertrag im Rahmen der Pflegereform durchsetzen konnte. „Das macht eine Erhöhung von ein paar hundert Euro für Betroffene aus“, so Kanzlerkandidat Scholz.

Die zahlreichen TeilnehmerInnen der Konferenz sprachen sich nahezu einmütig für die Erhaltung von Tarifverträgen aus, damit Arbeitnehmer*innen nicht nach alleinigen Gutdünken der Unternehmer*innen beschäftigt und bezahlt werden. Scholz sprach dabei „von einem klaren Bekenntnis der Parteispitze“ zum seit Jahrzehnten bewährten

und erfolgreichen Prinzip der Sozialpartnerschaft.

Für Jürgen Berghahn stehen die Zeichen deutlich auf „Stärken des Sozialstaates“, damit die anstehenden Umbrüche in naher und fernerer Zukunft die abhängig beschäftigten Menschen in Deutschland und in Europa nicht abgehängt werden. Die Pandemie hat uns auch gezeigt, wo die Grenzen der Globalisierung sind und das Verlagern von Produktionen schnell zu einem bösen Bumerang für Arbeitsplätze und die Wirtschaft werden kann, so Berghahn.

Aus dem Reservoir jener Menschen, die sich nicht mehr wahrgenommen und stattdessen vernachlässigt fühlen, bedienen sich die Demokratiefeinde. Die Rassisten, Neonazis und andere Leute, die dem demokratischen Gemeinwesen den Garaus machen wollen, warten nur auf solch fehlerhafte sozialpolitischen Entwicklungen“, äußert Berghahn sichtlich besorgt.

Wertschöpfung in der Region stärken

SPD und Grüne wollen gemeinsam ein regionales Wertschöpfungszenrum

Kreis Lippe. Die Verbandsversammlung des Landesverband Lippe beauftragt die Verwaltung zu prüfen, welche Immobilien infrage kommen, um diese für ein künftiges „regionales Wertschöpfungszenrum“ zur Verfügung zu stellen. So lautet der Beschlussantrag der Verbandsversammlung des Landesverbandes Lippe.

Wie den Zeitungen zu entnehmen ist, zeigt eine aktuelle Studie, dass es einen großen Bedarf in der Region an der Vermarktung regional erzeugter Produkte gibt. Es existieren darüber hinaus

bereits ernsthafte Initiativen, ein sogenanntes „Regionales Wertschöpfungszenrum“ (Lippe-Qualität, Regionalbewegung NRW, etc.) in Lippe zu gründen und zu etablieren. Die Kreisverwaltung hat eine Unterstützung mittels Fördermittel in Aussicht gestellt.

Der Landesverband Lippe besitzt mit dem Schlossareal Brake (und angrenzende Liegenschaften) derzeit ungenutzte Immobilien, die zentral in Lippe liegen, aber dennoch verkehrlich gut erreichbar sind.

Gewalt gegen Frauen nimmt zu

Ellen Stock MdL führt Online-Gesprächsreihe zu häuslicher Gewalt an Frauen und bietet Hilfestellungen für Betroffene. Videos der Gespräche online abrufbar.

„Pack schlägt sich, Pack verträgt sich.“ Gängige Redensarten wie diese aus vergangenen Jahrzehnten zeugen davon, wie eine Gesellschaft auf häusliche Gewalt an Frauen blickt. Und dieser gesellschaftliche Blick hat Auswirkungen darauf, wie leicht oder schwer eine Frau Hilfe erhält.

Dank vieler gesetzlicher Änderungen beim Opferschutz und

einer gesteigerten Sensibilität innerhalb der Polizei und Justiz, aber auch der Gesellschaft an sich, ist zwar die gesellschaftliche Akzeptanz von häuslicher Gewalt deutlich gesunken. Die Zahlen der von Gewalt betroffenen Frauen aber nach wie vor nicht. In Corona-Zeiten kam es sogar zu einem deutlichen Anstieg der häuslichen Gewalt, wie bspw. der Jahresbericht zum

bundesweiten Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ (08000/116 016) belegt hat.

Um betroffenen Frauen Wege aufzuzeigen, wo sie Hilfe erhalten können, und um damit das oft schambehaftete Schweigen der Opfer zu brechen, initiierte Ellen Stock im Mai die Online-Gesprächsreihe „Häusliche Gewalt an Frauen“. Als Gesprächspartnerinnen standen ihr dabei Anja Butschkau, die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Landtag, Corinna Peter-Werner als Anwältin für Familienrecht und Stefanie Nowak-Thormählen, die Leiterin des Frauenhauses Lippe, zur Seite. In den drei live gezeigten Online-Gesprächen ging es u.a. darum, ob auch in Lippe mehr Fälle häuslicher Gewalt zu verzeichnen sind, wohin sich Frauen wenden können und in

welchen Fällen juristischer Rat sinnvoll ist.

„Mir ist es einfach wichtig, dass wir das Schweigen brechen, das leider immer noch viel zu häufig bei den betroffenen Frauen herrscht. Viele schämen sich dafür oder geben sich im schlimmsten Fall eine Mitschuld. Mit meinen Online-Gesprächen möchte ich ein für alle gut erreichbares und zugleich anonymes Format anbieten, damit sich sowohl direkt Betroffene aber auch Menschen aus dem Umfeld leicht informieren und Kontakt aufnehmen können, wenn sie Hilfe benötigen“, erklärt Ellen Stock. Die Gespräche mit der Familienanwältin Corinna Peter-Werner sowie der Leiterin des Frauenhauses Stefanie Nowak-Thormählen sind aus diesem Grund weiterhin auf der Website www.ellen-stock.de sowie auf youtube online abrufbar.

Kurze Wege für Eltern

Familien entlasten und direkt ansprechbar sein. Das ist Ziel des Familienbüros.

Kreis Lippe. Die SPD möchte Familien entlasten. In Detmold hat Bürgermeister Frank Hilker deshalb für die Einrichtung eines Familienbüros gesorgt. „Wir wollten eine zentrale Anlaufstelle für Familien schaffen in dem alle Informationen gebündelt sind. Das war bislang nicht der Fall. Nun haben wir die Möglichkeit alle Fragen rund um das Thema Familie ausführlich und in entspannter Situation zu beantworten. Das typische „Amtsfeeling“ soll bewusst vermieden werden“ erklärt Bürgermeister Frank Hilker. Das Team des Familienbüros setzt sich aus drei Mitarbeiterinnen aus dem sozialpädagogischen Bereich zusammen, die ebenfalls Verwaltungserfahrung mitbringen. Wegen der Coronapandemie wurde bislang überwiegend digital beraten und es wurden On-

lineseminare gegeben. Durch die sinkenden Coronazahlen wird der Betrieb nun nach und nach auch in Präsenz angeboten, die digitalen Angebote bleiben jedoch bestehen. Zusätzlich zu dem Indoorangebot soll draußen ein kleiner Spielplatz entstehen. So können die Eltern beraten werden, während die Kinder spielen können.

„Das Projekt ist ein gutes Beispiel, wie Eltern heutzutage entlastet werden können. Deshalb wollen wir flächendeckend Familienbüros in ganz NRW durchsetzen und bringen es deshalb zur Diskussion mit in den Landtag“, so der Familienpolitische Sprecher der SPD, Dennis Maelzer.



Straßenausbaubeiträge endgültig abschaffen

Sie sind sozial ungerecht und ein riesiges Bürokratiemonster. Viele Bundesländer haben bereits einen Schlusstrich gezogen.

Kreis Lippe. Die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen war schon immer für die meisten Kommunen ein bürokratischer Riesenaufwand. Es müssen aufwändige Schlussrechnungen der Baumaßnahmen erfolgen und daraus der individuelle Kostenanteil der Anlieger ermittelt werden. Dazu kommen Widerspruchs- und Gerichtsverfahren, die nach Aussage von Verbänden meistens erfolgreich für die Anlieger verlaufen, weil immer zumindest kleinere Fehler auftauchen.

Worum geht es: irgendwann beschließt ein Stadt- oder Gemeinderat die Straßen in einer Siedlung neu herzustellen. Ob zum ersten Mal oder ob eine Erneuerung nach 50 Jahren fällig wird, ist dabei egal. Ein Teil der

Kosten wird dann auf die Hausbesitzer umgelegt, die an der jeweiligen Straße wohnen. Diese Forderungen können auch noch viele Jahre nach der Baumaßnahme erhoben werden.

Da es sich bei den Kosten für den einzelnen Hausbesitzer auch schnell um fünfstelligen Summen handeln kann, wollte die SPD diese Kosten grundsätzlich abschaffen. Denn die Städte und Gemeinden sind gar nicht so glücklich über diese gesetzliche Bestimmung. Denn mindestens die Hälfte der Einnahmen gehen für die Bearbeitung, für Rechtsberatung usw. drauf. Außerdem wollen die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ihren Bürgern den ganzen Ärger am liebsten ersparen.

Der Bürokratie haben CDU und FDP in Düsseldorf aber noch die Krone aufgesetzt. Sie haben ein Förderprogramm für die Kommunen entwickelt, das noch mehr Bürokratie bringt. So müssen jetzt zusätzliche Anträge gestellt werden und ein aufwändiger Verwendungsnachweis eingereicht werden.

Das ist u.a. ein Grund, warum wir die Beiträge abschaffen wollen. Neben der Tatsache, dass die Beiträge ohne Rücksicht auf die persönliche Leistungsfähigkeit des jeweiligen Anliegers fällig werden. Nicht selten werden Senior*innen und junge Familien mit Beitragsbescheiden in fünfstelliger Höhe an den Rand des finanziellen Ruins gebracht. Das halten wir für ungerecht.



Digitalisierung vorantreiben

Flächendeckende Infrastruktur mit Gigabitgeschwindigkeit für Jedermann ist wichtig!



Kreis Lippe. Im Zeitalter der Digitalisierung ist eine schnelle Internetverbindung unerlässlich. Umso ärgerlicher ist es, dass es noch immer keine flächendeckende Infrastruktur für Gigabitgeschwindigkeit gibt. „Im ländlichen Bereich haben wir gerade mal eine Abdeckung von rund 20%, während in Städten die Versorgungsquote bei etwa 90% liegt. Besonders schwierig ist die Situation in manchen Gewerbegebieten, die zum Ärger mancher Betriebe, noch immer nicht auf den aktuellen Stand der Technik gebracht worden sind“ so die Landtagsabgeordnete der SPD, Ellen Stock. In

diesem Zuge sei auch der Ausbau von Mobilfunkmasten erwähnt. Trotz 5G Modellregion gibt es in Lippe noch viele Funklöcher und Orte mit schlechter Netzqualität. Hier fordert die SPD mehr Unterstützung für Betriebe, um deren wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu garantieren.

„Die Anbindung der Schulen ans schnelle Internet lässt ebenfalls zu wünschen übrig. Gerade einmal 60% der Schulen surfen schnell, die anderen 40% warten immer noch. Die Pandemie hat uns gezeigt, wie wichtig die Digitalisierung auch für Schulen ist. Deshalb ist auch eine digitale Lernmittelfreiheit ein wichtiger

Schritt in die richtige Richtung, denn auch einkommensschwache Familien sollen eine Chance auf Bildung haben!“ so Stock weiter.

Einen wesentlichen Anteil an Digitalisierung nimmt auch die Verwaltungsdigitalisierung ein, früher unter dem Begriff eGovernment gefasst. Der damit einhergehende Bürokratieabbau ist bürgerfreundlich und zukunftsorientiert. Das ist besonders dem Bundestagskandidaten Jürgen Berghahn wichtig, der sich in Berlin für einfachere bürokratische Strukturen stark machen möchte.

Schicksal der „Verschickungskinder“

Der Abgeordnete Dennis Maelzer setzt sich für eine Kontaktstelle und finanzielle Unterstützung der Betroffenen ein.



Auch sie waren Verschickungskinder Foto: Coulorbox

Kreis Lippe. Sie wurden erniedrigt, drangsaliert, mit Tabletten ruhig gestellt und teils hart bestraft: Was sich zwischen 1950 und den 1990er Jahren in Kindererholungsheimen in der Bundesrepublik abgespielt hat, belastet Betroffene bis heute. Erst

jetzt beginnt die Aufarbeitung dessen, was zahlreiche „Verschickungskinder“ erleben mussten. Ein ganz wichtiger erster Schritt kann jetzt im Landtag NRW gemacht werden. Dort fand, eine Expertenanhörung zu dem Thema statt, wie die

Aufarbeitung dieses noch weitgehend unerforschten dunklen Kapitels der Geschichte angepackt werden kann. „Dabei kamen mehrere Beteiligte wie ehemalige Träger der Kindererholungsheime, Betroffenenverbände aber auch Wissenschaftler zu Wort“, erklärt der SPD-Landtagsabgeordnete Dennis Maelzer. Der familienpolitische Sprecher seiner Fraktion hatte den entscheidenden Anstoß dazu gegeben, nachdem ihm eine Bürgerin aus seinem Wahlkreis von ihren schlimmen Erfahrungen als „Verschickungskind“ erzählt hatte.

Deshalb stellte die SPD einen Antrag, die Aufarbeitung endlich in Gang zu setzen und die Betroffenen dabei zu unterstützen. „Unser Ziel ist klar: wir wollen eine Kontaktstelle einrichten, die die Interessenvertretung der Opfer unterstützt und die vom Land bezahlt wird“, erklärt Maelzer.

Familien und Schulkinder brauchen unsere Hilfe

SPD-Landtagsabgeordnete fordern landesweite Bildungsoffensive und Unterstützung.

Kreis Lippe. Die Corona-Krise hat die Spaltung in der Gesellschaft vergrößert. Das ist vor allem in der Familien- und Bildungspolitik deutlich zu sehen. Schätzungen gehen davon aus, dass mindestens 20 Prozent der Kinder und Jugendlichen durch Corona-bedingte Schulschließungen Lernrückstände aufgebaut haben. Die Jugendämter in Deutschland rechnen mit einer höheren Zahl an Schulabbrechern. „Wir müssen Familien und ihre Kinder nicht nur konsequenter in den Vordergrund der Pandemiebekämpfung rücken. Wir brauchen für die Zeit nach Corona auch einen sozialen Neustart in der Familien- und Bildungspolitik“, fordern die lippischen Landtagsabgeordneten Jürgen Berghahn, Dennis Maelzer und Ellen Stock.

Aus diesem Grund beantragt die SPD im Landtag nun eine umfassende Familien- und Bildungsoffensive. „Chancengleichheit ist keine Utopie, sondern ein realistisches Ziel. Dafür muss sie aber auch politische

Priorität haben“, betont Ellen Stock. Es sei die Aufgabe der Politik, Wünsche und Hoffnungen zu ermöglichen und dadurch jedes Kind entsprechend seiner Talente, Neigungen und Fähigkeiten zu fördern. „Wir brauchen sowohl ein Sprungbrett als auch ein Sprungtuch aus Bildungs- und Unterstützungsangeboten, um allen Kindern während ihrer ganzen Bildungskarriere die Chance zu geben, die sie verdienen“, so Jürgen Berghahn.

Konkret sieht der Antrag vor, Familien von Bürokratie zu entlasten und ihnen Hilfen beispielsweise bei Antragstellungen zu gewähren: „Ein gutes Beispiel ist das Familienbüro in Detmold. Diese Unterstützung wollen wir landesweit“, erklärt der familienpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Dennis Maelzer den Vorstoß. Zudem sollen kommunale Bildungsstellen eingeführt werden. Sie stehen den jungen Menschen und den Familien kontinuierlich zur Seite. Die Idee ist, die bislang unterschiedlichen Angebote der

Fördermaßnahmen in einer Person zu bündeln. „Bildungslotsen unterstützen Familien und begleiten vor allem Kinder und Jugendliche durch ihren Bildungsweg“, so Maelzer.

„Wir wollen Grundschulen zu Familienzentren ausbauen. Möglichst viele Förder- und Hilfsangebote sollen unter einem Dach vereint und koordiniert werden. Das ist vor allem für Kommunen und Quartiere hilfreich, die besonders stark von Bildungs- und Einkommensarmut betroffen sind“, führt Jürgen Berghahn aus.

Die SPD-Fraktion möchte frühzeitig mit den Vorbereitungen des Rechtsanspruchs auf den Samstag beginnen. Dieser wird im August 2026 starten. „Eine echte Ausbauoffensive für Kita- und OGS-Plätze. Wie wichtig diese gerade für Familien sind, um Arbeit und Familie unter einen Hut zu bekommen, zeigt uns die Corona-Krise mehr als deutlich“, so Ellen Stock.

Freie Fahrt für alle Schüler

SPD und Grüne wollen kostenlose Schülertickets die in ganz Westfalen gelten.

Kreis Lippe. Um dem Klimawandel entgegenzutreten, soll in Lippe die Mobilitätswende weiter vorangetrieben werden. Durch die Steigerung der Attraktivität des ÖPNV sollen die Schülerinnen und Schüler in Lippe als aktive Nutzerinnen und Nutzer gewonnen werden. „Um einen lippischen Flickenteppich zu vermeiden wollen wir das Schülerticket im gesamten Kreisgebiet einführen“ erklärt der Fraktionsvorsitzende der SPD Kreistagsfraktion Henning Welslau. Dabei soll der Kreis als Partner für Städte und Gemeinden sowie der Verkehrsunternehmen und der OWL Verkehr auftreten.

Die westfalenweit gültigen Schülertickets sollen kostenfrei

an die Schülerinnen und Schüler verteilt werden. Während der Coronapandemie waren jugendlich in ihrem Bewegungsradius stark eingeschränkt. Das soll sich mit der Einführung des Schülertickets ändern und die Jugendlichen ermutigen, sich unabhängig von ihren Eltern bewegen zu können. Deshalb hat die Koalition den Antrag in den Kreistag eingebracht.

SPD und Grüne wollen damit die Chancen nutzen, die der Westfalentarif bietet. Jetzt kommt es auf viele konstruktive Gespräche mit den Gemeinden an. „Wir wollen einen kommunalen Flickenteppich verhindern und setzen auf eine kreisweite Vereinbarung“, sagt die SPD

Städtepartnerschaft

Schlangen-Viitasaari und Corona

Es ist keine gute Zeit für Begegnungen. Corona drosselt auch unsere Städtepartnerschaft mit dem finnischen Viitasaari. Im August 2019 hatte zum 20-jährigen Bestehen der Partnerschaft noch eine Konzertreise des Akkordeonorchesters stattgefunden. Begleitet von Dagmar und Ulrich Knorr, die den Transport der Instrumente gewährleistet hatten. Anlässlich eines Konzertes zum Jubiläum des Forstmuseums enthüllte Stadtdirektor Janne Kinnunen für die Gäste ein Straßenschild und seitdem

gibt es in Viitasaari eine „Schlangeninkatu“. Einen „Viitasaariweg“ haben wir in Schlangen ja schon etwas länger. Nach der Veranstaltung montierten der Stadtdirektor Janne Kinnunen, die Vorsitzende der Stadtregierung Sisko Linna und Ulrich Knorr das Straßenschild an Ort und Stelle

Finnland hat ebenso wie Deutschland mit Corona zu kämpfen, aber aufgrund der geringeren Bevölkerungsdichte sind der Stand der Infizierungen und die Anzahl der Todesfälle im

Verhältnis wesentlich geringer. Alle Aspekte der Corona-Pandemie bewegen aber die Menschen in Finnland ebenso wie bei uns, vom Tragen einer Maske bis zum Thema „Impfung“.

2024 wird die Partnerschaft 25 Jahre bestehen und wir freuen uns jetzt schon auf eine schöne Feier mit unseren finnischen Freunden in Schlangen.



Kommunale Finanzen

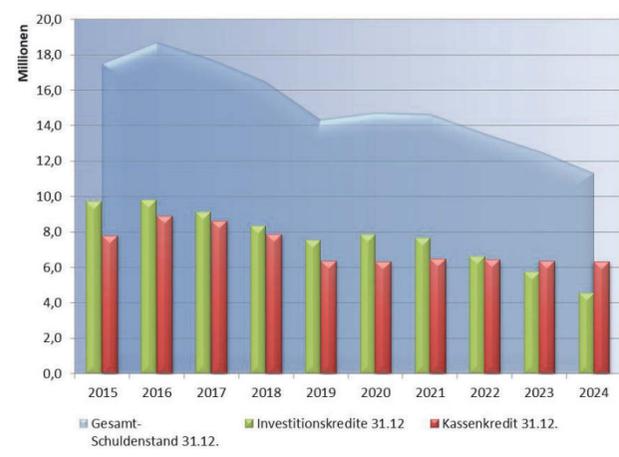
Ein Blick in den Haushalt der Gemeinde, der durch die Pandemie unter Stress steht

Seit 2020 ist die Gemeinde Schlangen nicht mehr in der Haushaltssicherung. Trotzdem steht aber nicht mehr Geld zur Verfügung, bzw. die erneute Haushaltssicherung ist nicht fern.

Es war ein langer Weg und trotzdem ist investiert worden, vor allem nur im Rahmen des Investitionskostenzuschusses des Landes NRW. Das war in den vergangenen Jahren ein Betrag von ca. 900.000,- € jährlich. Das ist aber kein Grund weiterhin die Haushaltskonsolidierung zu vernachlässigen, denn unseren täglichen Bedarf können wir nicht ohne Kredite finanzieren. Für jeden Privatmann ist dass der Überziehungskredit, den Banken in einem gewissen Rahmen einräumen. Die Grafik zeigt, dass die Kassenkredite nicht sinken werden.

Alles was nicht der kommunalen Daseinsvorsorge dient sowie die Gewährung von Zuschüssen, wo wirtschaftliches Handeln anderer Institutionen nicht funktioniert, sind dringend zu unterlassen.

Sind 40.000-50.000,- € jähr-



lich für eine Tourismusförderung wichtiger als ein Zuschuss für unser Freibad, damit es nachhaltig betrieben werden kann und für alle Bürger ein Gewinn ist? Die Freibadsanierung verzögert sich. Fachfirmen nehmen z. B. keine Aufträge an. Das Freibad liegt den Schlangern immer noch am Herzen. Das muss so bleiben! Der Bürgermeister ist noch der Vorsitzende des

Schwimmbadvereins und auch Aufsichtsratsvorsitzender der Gemeindewerke. Drei Ämter die nur eine Position kennen dürfen. Wenn schon Geld ausgegeben werden soll, was wir nicht haben, dann muss es allen zugutekommen.

Konzept für die Sportstätten

Verwaltung und Politik erarbeiten aktuell gemeinsam mit den Sportvereinen ein neues Konzept

Zuletzt wurde 2006 ein Sportstättenkonzept auf den Weg gebracht. Zwischenzeitlich ist die Einwohnerzahl gestiegen, wir haben eine wachsende Gesamtschule bis zum Jahrgang 13. Weiterhin ist die Bevölkerung sehr sportbegeistert, rund 4.000 Mitglieder zählen unsere Vereine. Die Förderung durch die Bundes- und Landesregierung haben es ermöglicht, Dinge zu realisieren, die wir alleine nicht hätten stemmen können. Das war in den letzten Jahren so, aktuell wird der Umbau des Sporthauses und des Sportplatzes in Oesterholz-Haustenbeck gefördert. Spätestens wenn

die AHF-Schule bis zur Klasse 13 ausgebaut sein wird, dann reichen die vorhandenen Gebäude für Schulen und Vereine nicht mehr aus. Zentral bei unseren Überlegungen ist, dass alle 3 Ortsteile berücksichtigt werden. Zuerst hat der Rennekamp einen neuen Kunstrasenplatz erhalten, Oesterholz-Haustenbeck befindet sich in der abschließenden Planung, daraus folgt, nunmehr gilt es die Aufmerksamkeit auf Kohlstädt zu lenken. Wir halten Kohlstädt als Ort für eine neue Sporthalle für gut geeignet, zumal die vorhandene Halle nicht reicht.

Regionalplan Ostwestfalen-Lippe

Der Rat der Gemeinde Schlangen unterstützt die Stellungnahme der Stadt Paderborn.

Der Stadtrat in Paderborn hat in Bezug auf die Zukunft der Senne als möglichen Nationalpark eine Stellungnahme formuliert. Nach Beendigung der militärischen Nutzung der Senne sollte diese als Nationalpark ausgewiesen werden. „Schutz und Entwicklung der Senne“ ist dahingehend zu konkretisieren.“ Diese Position soll so in den Regionalplan aufgenommen werden

Bereits jetzt steht die Senne größtenteils durch verschiedene Schutzgebietsausweisungen unter Naturschutz. Die Stadt Paderborn spricht sich dafür aus,

die Ausweisung als Nationalpark nach Beendigung der militärischen Nutzung explizit als Entwicklungsziel für die Senne in Ziel F13 des Regionalplans festzulegen und damit die besondere Bedeutung der Senne als Naturraum herauszustellen. Die SPD hatte den Antrag gestellt, diese Position in die kommunale Stellungnahme zu übernehmen. Der Rat hat diesen Antrag mehrheitlich so beschlossen.

Windenergie in Schlangen

Zwei weitere Anträge für Windräder sind beim Kreis eingegangen

Aktuell sind beim Kreis die Anträge zur Genehmigung zweier neuer Windräder eingegangen. Eins dieser Windräder ist platziert in der seinerzeit zuerst ausgewiesenen Fläche für den Flächennutzungsplan, der aber nicht beschlossen wurde. Das weitere Windrad befindet sich im Abstand von ca. 950m zur Wohnbebauung in Kohlstädt. Die Landesregierung hat momentan noch nicht ihr Gesetz zu den Abstandsregeln für die Windräder verabschiedet. Das bedeutet: die geplante 1000m Regel gilt für

diesen Antrag nicht, es sei denn er wäre noch nicht vollständig. Der Kreis bearbeitet dann diesen Antrag nach den Vorgaben des Bundesimmissionsgesetzes. Dieses Verfahren wird auch angewandt um die Anträge des Prinzen zur Lippe – für seine Windräder in der Umgebung der Gauseköte – zu bearbeiten. Der Einfluss der Gemeinde ist in solchen Verfahren nicht entscheidend. Ein „Nein“ des Rates kann durch die Kreisbehörde ersetzt werden.



Herausgeber: SPD Ortsverein Schlangen
Parkstraße 21, 33189 Schlangen
Verantwortlich: Heinz Kriete
Druck: Presse-Druck- und Verlags-GmbH
Curt-Frenzel-Straße 2, 86167 Augsburg

